

Bundesbeamte im Kreuzfeuer der Kritik

Was hat den schweizerischen Blätterwald letzte Woche so in Aufruhr gebracht? Eine weltbewegende Sache, so scheint es. Der Bundesrat hat es gewagt, dem gesamten Bundespersonal (ohne SBB) ab 1. Januar 1988 das Halbtaxabonnement gratis abzugeben. Aufgrund der negativen Reaktionen aus allen Richtungen, sollte man meinen, dass dies eine Erfindung des Bundesrates wäre. Dabei haben ab 1. Januar 1987 über 500 Privatunternehmungen diesen Schritt schon gemacht. Sehr grosse Konzerne sogar, mit grossen Belegschaften. Diese Beschlüsse sind damals in der Presse positiv vermerkt worden, und das Wort Umweltschutz wurde im gleichen Zusammenhang erwähnt. Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es halt doch nicht das gleiche.

Ich muss feststellen, dass in den Massenmedien zu Unrecht gegen das Bundespersonal argumentiert wird. Wir sind keinesfalls die „Günstlinge“ der Nation. Im Gegenteil, jede kleinste Verbesserung muss hart erkämpft werden. Es war eine Forderung des Föderativverbandes an den Bundesrat, dem Bundespersonal ein Halbtaxabonnement abzugeben. Viele betrachten dies als Geschenk, ich als Erfolg der Gewerkschaften. Unser Arbeitgeber kommt nicht zu uns und fragt nach unsern Wünschen. Dem Föderativverband ging es nicht um die hundert Franken, sondern auch wir Gewerkschafter haben schon längst erkannt, dass ein Umsteigen und Umdenken unsere Umwelt vielleicht noch retten kann. Ich begrüsse diese sinnvolle Tat des Bundesrates sehr, und der Wirbel um diese Sache ist mir völlig unverständlich.

Es wird auch immer wieder behauptet, das Bundespersonal verdiene zu viel. Bei uns ist es eben so, dass unsere Besoldungsklassen fast jedem bekannt sind, im Gegenteil zur Privatwirtschaft. Wir haben einen Lohn, den das Parlament bestimmt. Bis beim Bundespersonal Lohnerhöhungen in Kraft treten, dauert es über Jahre hinweg. Ich darf daran erinnern, dass wir seit 14 Jahren keine Reallohnerhöhung mehr hatten. Ein Vergleich zur Privatwirtschaft erübrigt sich meiner Meinung nach. Unsere Forderung nach vorzeitiger Pensionierung ist vom Bundesrat mit einer Botschaft ans Parlament gerichtet worden, über Jahre hinweg wurde dieses Begehren von unseren Personalverbänden verlangt, denn viele ältere Kollegen ertragen den zunehmenden Stress im Bundesdienst einfach nicht mehr. Für den Bund wäre das ganze finanziell nicht belastend. Im Gegenteil hat die neutrale Expertise von Professor Bühlmann aufgezeigt, dass sogar der Bund sehr gut weg käme. Ich hoffe, dass unser Parlament dieser Angelegenheit positiv gegenübersteht, damit 1988 die ersten Pöstler und Bähnler vorzeitig in den verdienten Ruhestand treten können.

Es ist heute jedem Schweizer bekannt, dass es den PTT-Betrieben finanziell blendend geht. Eine halbe Milliarde Überschuss spricht eine eindeutige Sprache. Gewinne können nicht einfach gebucht werden, Gewinne müssen erarbeitet werden. Dass das Personal von diesem Kuchen auch etwas abbekommen will, scheint mir sein gutes Recht zu sein.

Die Bundesbetriebe sind in letzter Zeit in grosse personelle Schwierigkeiten geraten. Die SBB und PTT erleben grosse Verkehrszunahmen, und es fehlt ihnen ausgebildetes Personal. Die Personalplafonierung und die fragwürdige Personalrekrutierung bei den Generaldirektionen in Bern sind Hauptgründe dieser unerfreulichen Situation. Zudem ist die Attraktivität dieser Berufe bei den jungen Menschen zu wenig vorhanden. Unregelmässige Arbeitsschicht, Nachtarbeit und Samstags-/Sonntagsarbeit interessieren kaum noch jemanden, und dazu kommt noch die schlechte Bezahlung dieser Schichtarbeit. Wieso haben 1986 rund 8'000 Beamte den Bundesdienst quittiert? Pöstler und SBB-Personal warten aber auch schon jahrelang auf bessere Entlohnung. Die Privatunternehmen können bessere Arbeitszeiten und gute Löhne anbieten. Die Personalknappheit hat jetzt auch den Bundesrat aus dem Busch geklopft. Das Dienstleistungsangebot der Regiebetriebe ist ernsthaft gefährdet. Wir müssen ausgebildetes Personal haben, mit ständig wechselndem Aushilfspersonal ist prompter Service stark gefährdet. Die Bahn fährt nicht, wenn kein Lokführer oder Zugsbegleiter, kein Rangierpersonal oder Stellwerkbeamter zur Verfügung stehen. Deshalb fordern die Personalverbände beim Bundesrat, dass sofort in den Einreichungsfragen und beim Reallohn Schritte unternommen werden. So kann es nicht mehr weitergehen. Der Wegzug von gelerntem Personal ist meiner Meinung nach auch ein kapitaler Verlust. Wird diese Überlegung eigentlich in Bern nicht gemacht?

Das Bundespersonal hat die Kritik nicht verdient. Unsere vorzügliche Arbeit in allen Dienstleistungsbetrieben des Bundes trägt wesentlich dazu bei, dass das Leben in unserem Lande ohne grosse Schwierigkeiten privat und wirtschaftlich gut abläuft. Ich empfehle allen, die etwas gegen Beamte haben, ihren Beruf zu wechseln und in einen Bundesbetrieb einzusteigen. Meine Äusserungen sollen dahin wirken, dass wir tatsächlich unsere Arbeit auch leisten müssen und wir keine privilegierte Beamte sind, die vom Bundesrat verhätschelt werden. Das Bundespersonal ist nicht bereit, die Prügelknaben der Nation zu sein.

Josef Vonarburg, Präsident der Platzunion Olten und Umgebung.

SoAZ, 14.3.1998.

Personen > Vonarburg Josef. Bundesbeamte. Halbtaxabo. SoAZ, 1998-03-14